



Stadtparlament

9201 Gossau
www.stadtgossau.ch
info@stadtgossau.ch



Beschluss-Protokoll

Amtsduer 2005 - 2008

2. Sitzung

Dienstag, 1. März 2005, 17.00 bis 19.45 Uhr, Fürstenlandsaal Gossau

Vorsitz	Urs Kempfer (CVP)
Anwesend Stadtparlament	29 Mitglieder
Entschuldigt	Kurt Rindlisbacher (FDP)
Anwesend Stadtrat	7 Mitglieder
Entschuldigt	--

Traktanden

- 02.01 Bürgerrechtsgesuche
- 02.02 Teilzonenplan Eichen Nord; Erlass
- 02.03 Teilzonenplan Moosklimmer; Erlass
- 02.04 Oberstufenzentrum Buechenwald; Projektierungskredit
- 02.05 Ausbau Fachstelle für Jugendarbeit; Kredit
- 02.06 Postulat „Erhalt der Berufsberatungsstelle Gossau; Beantwortung
- 02.07 Neue Parlamentarische Vorstösse

02.01

Bürgerrechtsgesuche

Grundlage ist der Bericht und Antrag des Einbürgerungsrates vom 10. Januar 2005 mit folgendem Antrag:
Den nachstehend aufgeführten Personen wird das Gemeinde- und Ortsbürgerrecht erteilt:

Aus Datenschutzgründen werden die Daten der Einbürgerungskandidaten nach der Behandlung des Geschäftes entfernt.

Eintretensdiskussion:

Hanspeter Fröhlich (FDP) erklärt, die FDP-Fraktion werde Stimmenthaltung üben als Kritik an einem Verfahren, in dem das Parlament nichts zu sagen habe.

Benno Koller (SVP) erklärt, die SVP erachte es als Aufgabe des Parlamentes, Bürgerrechtsgesuche zu hinterfragen, was mit den minimalen Informationen im Bericht des Einbürgerungsrates nicht möglich sei. Er beantragt:

„Die Bürgerrechtserteilung soll in Einzelabstimmung erfolgen.“

Stefan Schmid (SP) erklärt, die Kriterien für eine Bürgerrechtserteilung seien gegeben. Es sei Vertrauen in die Arbeit von Einbürgerungsrat und Verwaltung nötig. Er beantragt, die Bürgerrechte ohne Einzelabstimmung zu erteilen.

Pius Keller (Stadtrat) erklärt, der Einbürgerungsrat erfülle seine Aufgabe innerhalb des gesetzlichen Rahmens, mit einiger Härte beim Auslegen des Ermessensspielraums.

Eintreten ist unbestritten.

Detailberatung:

Keine Wortmeldung.

Abstimmung über den Antrag von Benno Koller:

Der Antrag wird abgelehnt.

Beschluss des Stadtparlamentes:

Dem Antrag des Einbürgerungsrates wird, mit einigen Enthaltungen, mehrheitlich zugestimmt.

02.02

Teilzonenplan Eichen Nord; Erlass

Grundlage ist der Bericht des Stadtrates vom 2. Februar 2005 mit folgendem Antrag:
Der Teilzonenplan „Eichen Nord“ wird gemäss Planbeilage erlassen.

Beschluss des Stadtparlamentes:

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

02.03

Teilzonenplan Moosklimmer; Erlass

Grundlage ist der Bericht des Stadtrates vom 2. Februar 2005 mit folgendem Antrag:

Der Teilzonenplan „Moosklimmer“ wird gemäss Planbeilage erlassen.

Eintretensdiskussion:

Stefan Schmid (SP) hätte angesichts der Haltung des Baudepartements vom Stadtrat eine rechtliche Argumentation erwartet. Er beantragt *Nichteintreten*.

Benno Koller (SVP) erklärt, die SVP-Fraktion stehe positiv zum Antrag. Er sei ein Zeichen für die Stärkung des Wirtschaftsstandortes Gossau.

Hubert Füllemann (FDP) erklärt, die FDP-Fraktion werte die Haltung des Stadtrates als vorbildlich. Der Teilzonenplan solle einstimmig erlassen und damit ein eindeutiges Signal an die kantonalen Stellen gesandt werden.

Albert Lehmann (CVP) nennt vier Punkte, welche für die Umnutzung der alten Tanklager sprechen. Man solle die Stadtentwicklung ernst nehmen und dem Vorhaben zustimmen.

Trudi Weibel (FLiG) erklärt, die FLiG unterstütze den Antrag. Sie hoffe einzig, dass der Entscheid keine Alibiübung sei.

Alex Brühwiler (Stadtpräsident) erklärt, der Stadtrat sehe die Vorlage nicht als Alibiübung. Sie widerspreche dem Raumplanungsgesetz nicht. Die Stadt als Planungsbehörde interpretiere den gegebenen Spielraum anders als das Baudepartement. Nicht jede Haltung kantonalen Stellen müsse als sakrosankt hingenommen werden. Sollte das Baudepartement den Teilzonenplan ablehnen, müssten Grundeigentümer und Stadt die Situation wieder beurteilen.

Stefan Schmid (SP) erklärt, dass er in der Sache zustimmen könne, die Grundsätze des Raumplanungsrechtes aber gewahrt sein müssen. Antrag auf Nichteintreten wird zurückgezogen.

Beschluss des Stadtparlamentes:

Der Antrag wird mit wenigen Enthaltungen angenommen.

02.04

Oberstufenzentrum Buechenwald; Projektierungskredit

Grundlage ist der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 23. September 2004 sowie die Anträge der Vorbereitenden Kommission vom 1. Februar 2005, lautend wie folgt:

1. Für die Projektierung des Oberstufenzentrums Buechenwald wird ein Projektierungskredit von CHF 550'000 bewilligt.
2. Für diesen Betrag sind Projekte und Kostenvoranschläge (Generalunternehmer <-> Einzelleistung) auszuarbeiten für
 - a) Variante 12 Klassenzimmer
 - b) Variante 12 Klassenzimmer mit Erweiterungsmöglichkeit auf 15 Klassenzimmer
 - c) Variante 15 Klassenzimmer ohne Etappierung
3. Zusammen mit dem Antrag für die Erteilung des Baukredites legt der Stadtrat ein vollständiges Nutzungskonzept aller Gossauer Schulanlagen vor.
4. Auf die Planung und Realisierung eines dritten, selbstständigen Oberstufenstandortes ist zu verzichten.

Eintretensdiskussion:

Patrick Scheiwiler (CVP) verliest den Bericht der Vorbereitenden Kommission. Ab 2008 sei mit einem ersten nach 2016 mit einem zweiten Rückgang der Schülerzahlen zu rechnen. Deshalb beantrage die Kommission auf ein drittes eigenständiges Oberstufenzentrum zu verzichten; Übergangslösungen müssten im OZ Rosenau ge-

sucht werden. Mit Architekt und Hochbauamt seien verschiedene Ausführungsdetails versprochen worden; optimierte und kostengünstige Lösungen seien mit dem Detailprojekt versprochen worden. Die Kommission erachte eine Totalunternehmung als die für ein Projekt dieser Grösse richtige Ausführungsform. Dies sei wegen der gewählten Form des Wettbewerbs jedoch nicht möglich. Um die Grösse des Schulhauses definieren zu können, werde die vorberatende Kommission für den Baukredit auch Informationen benötigen, was mit den heute von Realklassen belegten Schulzimmern geschehen soll.

Alfred Zahner (FLiG): Die FLiG unterstützt die Anträge der Vorberatenden Kommission, wird aber die Entwicklung aufmerksam verfolgen. Der Stadtrat wird gebeten, bei der Festlegung der Schulhausgrösse den Bedarf, die Finanzen und pädagogische Argumente zu beachten. Der Verzicht auf ein drittes selbstständiges OZ bedeute nicht, dass auf einen dritten Oberstufenstandort verzichtet werde; beispielsweise in einem Nachbarschulhaus zu einem Oberstufenzentrum. Die künftigen Nutzungen und erforderlichen Anpassungen der bestehenden Schulanlagen müssten mit der Baukreditvorlage nachvollziehbar aufgezeigt werden.

Hubert Füllemann (FDP) attestiert den Beteiligten gute Arbeit. Die FDP unterstütze die Anträge der Vorberatenden Kommission.

Franziska Geser-Burch (CVP): Die verschiedenen Anlagen im Areal Buechenwald ziehen Verkehr an. Das beschränkte Parkplatz-Angebot bewirke bei Häufung von Anlässen oder bei Grossanlässen ein Verkehrschaos. Mit dem Bauvorhaben solle ein Parkplatzkonzept für das Gebiet Bahnhof-Buechenwald erstellt und die Machbarkeit einer Tiefgarage unter dem OZ geprüft werden. Sie beantragt:

Für die Erstellung eines Parkplatzkonzeptes im Bereich Bahnhof-Buechenwald sowie eines separaten Berichtes mit entsprechendem Antrag betreffend einer Parkgarage unter dem Oberstufenzentrum wird ein Kredit von CHF 15'000 bewilligt. Die Inhalte der Berichte richten sich nach den mündlichen Begründungen im Parlament.

Hans Ulrich Rusch (SVP) erklärt Unterstützung der SVP für die Anträge der Vorberatenden Kommission und beantragt Eintreten.

Hanspeter Fröhlich (FDP) fragt, weshalb die Schülerzahl-Prognosen innert zweier Jahre derart unterschiedlich sind.

Stefan Schmid (SP) erklärt Unterstützung der Anträge durch die SP. Eine Tiefgarage sei eine teure Lösung. Die Infrastruktur kann nicht auf Spitzenzeiten ausgelegt werden; bei Grossanlässen sind organisatorische Massnahmen gefragt.

Claudia Meier-Uffer (FLiG) sieht im OZ-Neubau die Gelegenheit, Mängel an der Parkierungssituation im Gebiet unter verschiedenen Aspekten zu überprüfen. Ein heute erteilter Kredit für eine Tiefgaragen-Studie präjudiziere den Bau einer solchen. Sie beantragt Namens der FLiG-Fraktion:

Der Antrag der CVP sei bezüglich inhaltlicher Anforderungen wie folgt zu präzisieren:

- Die Erreichbarkeit der öffentlichen Einrichtungen (Sportplatz, Badi, Sporthalle, OZ etc.) sei mit den zweckmässigen Verkehrsmitteln zu gewährleisten.
- Die Investitionen in den Parkraum seien durch eine möglichst effiziente Nutzung und Bewirtschaftung zu begrenzen bzw. verursachergerecht umzulegen.
- Die Parkierung sei unter Berücksichtigung der Auswirkungen auf das Quartier zu optimieren.

Alfred Zahner (FLiG) erläutert die Schülerzahl-Prognosen des Bundesamtes für Statistik.

Hubert Füllemann (FDP) bezeichnet den CVP-Antrag als vordergründig überzeugend. Wenn aber bereits heute anzunehmen sei, dass eine Tiefgarage kritisch zu realisieren und wirtschaftlich problematisch ist, mache es keinen Sinn, eine solche zu prüfen. Er unterstütze den Antrag nicht.

Markus Sprenger (Stadtrat) erklärt, der Rat unterstütze die Anträge der Vorberatenden Kommission. Er erläutert die Schülerzahl-Prognosen.

Der Antrag der CVP enthalte zwei unterschiedliche Anträge, wovon einer nicht direkt mit dem Bauvorhaben verbunden sei. Parkraumplanung sei ein Dauerauftrag des Stadtrates und müsse nicht auf diesem Weg nochmals erteilt werden. Eine Tiefgarage wäre technisch machbar, mit mutmasslichen Kosten von 1.5 bis 2 Mio. CHF aber kaum wirtschaftlich. Fraglich seien auch Bedürfnis und Notwendigkeit. Der Stadtrat beantrage Ablehnung.

Patrick Scheiwiler (CVP) sieht den jetzigen Zeitpunkt als letzte Chance, eine Tiefgarage zu studieren. Das Prüfungsergebnis soll in den Antrag für den Baukredit einfließen. Störend sei, dass mit dem OZ-Projekt keine zusätzlichen Parkplätze realisiert würden.

Ordnungsantrag: Die Sitzung wird auf Antrag des Stadtrates für sieben Minuten unterbrochen.

Albert Lehmann (CVP) unterbreitet einen geänderten Antrag der CVP:

Zeitgleich mit der Projektierung des OZ Buechenwald wird ein Parkplatzkonzept für den Bereich Bahnhof-Buechenwald erstellt und zu Händen des Parlamentes ein entsprechender Bericht erstellt.

Claudia Meier-Uffer (FLiG): *Rückzug des Antrages der FLiG-Fraktion.*

Ruedi Zingg (CVP) erklärt, mit dem gewählten Vorgehen (Wettbewerb) sei die wirtschaftlich beste Variante zur Realisierung (Totalunternehmung) wahrscheinlich verunmöglicht worden. Für die Beratung des Ausführungskredites muss ein Parkplatzkonzept vorliegen.

Hans Peter Fröhlich (FDP) ist entschieden für Ablehnung des Antrages der CVP.

Stefan Schmid (CVP) spricht von einem Rückzug-Gefecht der CVP.

Abstimmung über die Anträge der vorberatenden Kommission:

Die Anträge 1 bis 4 werden einstimmig angenommen

Abstimmung über den geänderten Antrag der CVP:

Der Antrag wird mit 17 Nein- und 12 Ja-Stimmen abgelehnt.

02.05

Ausbau Fachstelle für Jugendarbeit; Kredit

Grundlage ist der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 2. Dezember 2004 sowie die Anträge der Vorberatenden Kommission vom 10. Februar 2005, lautend wie folgt:

1. *Für den Ausbau der Fachstelle für Jugendarbeit wird ein jährlicher wiederkehrender Kredit von CHF 250'000 erteilt.*
2. *Für die einmaligen Infrastrukturkosten wird ein Kredit von CHF 30'000 erteilt.*
3. *Der Stadtrat wird beauftragt, einen für Veranstaltungen zweckmässigen und genügend grossen Raum zur Verfügung zu stellen.*

Eintreten ist unbestritten.

Detailberatung:

Claudia Meier-Uffer (FLiG) orientiert über die Beratungen und Anträge der Vorberatenden Kommission. Für Partys und Konzerte müsse am neuen Standort zwingend ein grösserer Raum zur Verfügung stehen.

Robin Wehrle (FLiG) bestätigt den Eindruck von Stadtrat und Vorberatender Kommission, dass die räumlichen Möglichkeiten und der Standort der Fachstelle heute ungenügend sind. Namens der FLiG-Fraktion beantragt er Zustimmung zu den Anträgen.

Benno Koller (SVP): Die SVP begrüsse das Zeichen, das die Stadt für die Jugend setzen will und auch Umzug und neuen Standort der Fachstelle. Den personellen Ausbau halte man hingegen für fraglich, den Mehraufwand für ungerechtfertigt. Namens der SVP-Fraktion stellt er folgenden Änderungsantrag:

1. *Für den Ausbau der Fachstelle für Jugendarbeit wird ein jährlicher wiederkehrender Kredit von CHF 50'000 erteilt.*

Bruno Damann (CVP) erklärt Unterstützung der Anträge der Vorberatenden Kommission durch die CVP-Fraktion. Ein besseres Angebot benötige auch mehr Personal. In der Jugendarbeit sei die Zeit der kritische Faktor und lange Wartezeit für ein Beratungsgespräch problematisch. Störend sei für seine Fraktion der langjährige Mietvertrag der Stadt für die jetzigen Räume der Fachstelle.

Robin Wehrle (FLiG): Die Fachstelle kann heute Aufgaben gemäss dem Jugendleitbild der Stadt nicht erfüllen. Die Personalaufstockung ist daher unerlässlich und ermögliche ein dem Bedürfnis gerecht werdendes Angebot. Der Mehraufwand sei eine Investition in die Jugend.

Stefan Schmid (SP) erklärt, die Jugend habe ein entsprechendes Angebot verdient. Die Fachstelle könne heute viele Aufgaben nicht erledigen, weshalb die Aufstockung gerechtfertigt sei.

Roland Seiler (SVP) bezeichnet den Umzug an einen isolierteren Standort als sinnvoll, obwohl das Problem der Ordnung im Innern und Aussen damit nicht gelöst sondern nur verlagert sei. Er befürworte Antrag 2, sehe aber keinen Grund für die Personalaufstockung zur heutigen Zeit. Ihm fehlten die Entscheidungsgrundlagen, beispielsweise klare Aussagen über Beratungsfelder oder Leistungen. Kritisch seien auch die auf Österreich ausgerichtete Beschaffungs- und Rekrutierungspolitik der Stelle.

Bruno Damann (CVP) erklärt, bei der damaligen Stellenbesetzung durch den Verein Jugendarbeit Gossau sei Sabine Ammann einzige valable Bewerberin für die Stelle gewesen. Dass der Leiter Sozialamt keine Kenntnisse der Tätigkeit der Stelle habe, sei eine Frage des Datenschutzes. Er beantragt Zustimmung zu den Anträgen der Vorberatenden Kommission.

Stefan Schmid (SP) reagiert auf verschiedene Voten.

Gegenüberstellung der Anträge 1:

Antrag 1 der Vorberatenden Kommission (CHF 250'000) erhält 22 Stimmen

Antrag 1 der SVP (CHF 50'000) erhält 6 Stimmen.

Damit ist Antrag 1 der Vorberatenden Kommission grossmehrheitlich angenommen.

Antrag 2 wird grossmehrheitlich angenommen

Antrag 3 wird einstimmig angenommen.

02.06

Postulat „Erhalt der Berufsberatungsstelle Gossau; Beantwortung

Grundlage ist der Bericht des Stadtrates vom 19. Januar 2005 mit folgenden Anträgen:

1. *Vom vorliegenden Bericht wird Kenntnis genommen.*
2. *Das Postulat "Erhalt der Berufsberatungsstelle Gossau" wird als erledigt abgeschrieben.*

Eintretensdiskussion:

Hans Peter Fröhlich (FDP) verliest die Stellungnahme des Erstunterzeichners Kurt Rindlisbacher. Dieser dankt dem Stadtrat für die Antwort und die Bemühungen. Er versteht, dass der Rat auf eine eigene Beratungsstelle verzichten und keine Kantonsaufgabe übernehmen will. Allerdings hinterlasse dieser Ausgang in Gossau nur Verlierer.

Patrick Scheiwiler (CVP): Der Stadtrat hat Willen und Auftrag des Parlamentes ernst genommen und in St. Gallen vertreten. Offen bleibt die Frage, ob ein ähnlicher Einsatz zu einem früheren Zeitpunkt ein anderes Resultat bewirkt hätte. Er lädt den Stadtrat ein, innert 3 bis 4 Jahren nach Verlegung der Beratungsstelle über Qualität, Nutzung und Kundenzahlungen Bilanz zu ziehen, diese zu kommunizieren und im Falle einer Verschlechterung gegenüber jetzt zu reagieren.

Alfred Zahner (FLiG) erklärt, dass er sich als Mitglied der Berufsberatungskommission einsetzen werde, die Beratungsqualität in Gossau zu wahren.

Stefan Schmid (SP) fordert, einen Schlusstrich zu ziehen. Die Reorganisation sei Folge von kantonalen Sparpaketen, welche bürgerlichen Ursprung hätten.

Beschluss des Stadtparlamentes:

Die Anträge des Stadtrates werden einstimmig angenommen.

02.07

Neue Parlamentarische Vorstösse

An der Sitzung:

- Interpellation Stefan Schmid (SP); „Gossaus Entwicklung findet an den Stadträndern statt“.

Dieses Protokoll wurde vom Präsidium auf dem Zirkulationsweg am 7. März 2005 genehmigt.

Urs Kempfer
Präsident

Urs Salzmann
Stadtschreiber-Stv.